

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei drei: ein Preis ohne Bestellgebühr monatl. 2.— M., bei Zustellung unter Straßend. 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellung für 1919 eingetrag.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Ami Norden 2893 und 2894.

Interate sollen die achtzehnstündige Tagessperrzeit ober deren Raum L20 III, Westenspreisen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Anzeigenzusatz 50 Proz. Familien- und Veranlagungsanzeigen sind der Zahlung freit. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Ami Norden 9768

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen die Schutzhaftschande!

Arbeiterdemonstration gegen die Schutzhaftschande.

Aus B o s t u m geht uns unter dem gestrigen Datum folgendes Telegramm zu:

„Zehntausend Arbeiter demonstrieren heute vor dem Rathaus. Sie fordern die sofortige Freilassung der Schutzhaftlinge. Der Kommission wurde mitgeteilt, daß ein dringendes Telegramm zugunsten der Schutzhaftlinge an Severing und General von Winter abgefaßt wurde. Falls die Schutzhaftlinge nicht freigelassen werden, ist die Arbeiterschaft entschlossen, in den Streik zu treten.“

Gestern hatte bekanntlich die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Nationalversammlung einen Dringlichkeitsantrag auf Entlassung der 42 Schutzhaftgefangenen in Berl. die seit 7 Tagen im Hungerstreik stehen, eingebracht. Der Antrag führte zu heftigen Auseinandersetzungen, da Roske sich für die Aufrechterhaltung der Schutzhaftschande einsetzte und sich gegen die Forderung der Arbeiterschaft im Klubrevier taub stellte. Schließlich wurde der Antrag gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt. Wie wir schon in der Morgenausgabe mitteilten, hatten nicht einmal alle Rechtssozialisten für die Freilassung der Hungernden gestimmt, und im vollen Einklang damit fand der „Vorwärts“ kein Wort für die Freilassung des schmachvollen Zustandes, daß eine in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung Sozialisten in den Gefängnissen verhungern läßt.

Die Demonstration der Bochumer Arbeiter ist die letzte Mahnung an das Gewissen der herrschenden Rechtssozialisten, den Unmut und die Empörung der Arbeitermassen nicht auf die Spitze zu treiben. Jedes weitere Wort der Brandmarke der Schutzhaftschande ist überflüssig, da dieses System der politischen Verfolgung für jeden anständigen Menschen längst gerichtet ist. Nur stumpfsinnige Reaktionen, nur bewußte Konterrevolutionäre, denen es darum zu tun ist, neue Uruben zu provozieren, können noch an diesem schmachvollen System festhalten.

Roske hat sich auch gestern zum Schildhalter dieses Systems gemacht. Die Mehrzahl seiner eigenen Parteigenossen hat ihn bei der Abstimmung im Stich gelassen. Werden die sozialistischen Minister in der Regierung diese Aufgabe unberücksichtigt lassen? Werden sie vor dem kommenden General kapitulieren? Werden sie die Anwartschaft, die sich zum Schutz der hungernden Schutzhaftlinge erhoben hat, zum Nehersten treiben? Was gestern in Bochum sich abspielte, war keine leere Demonstration, sondern der Ausdruck der Stimmung in den breiten Massen der Arbeiterschaft im Klubrevier. Die Regierung war rechtseits gewarnt. Sie allein trägt die Verantwortung dafür, wenn durch das provozierende Verhalten ihres Roske und durch die Ablehnung der durchgerechneten Forderung der Arbeiter ein neuer schwerer Konflikt im Industriegebiet heraufbeschworen wird.

Vor dem Generalfreik der Kalibergarbeiter.

Wieder droht eine schwere Erschütterung des deutschen Wirtschaftslebens. Die Kalibergarbeiter des Nordhauers-Industrie-Kalibers und Stahlwerk-Anhalters kündigen an, daß sie am 1. August in den Generalfreik treten wollen. Nach vor wenigen Tagen, am 29. Juli, wurde offiziell behauptet, daß zwischen den Kalibergarbeitern und dem Reichswirtschaftsministerium, das durch einen Geheimen Oberregierungsrat vertreten war, ein Tarifvertrag abgeschlossen und unterzeichnet worden sei. Dieses Abkommen wird von den Arbeitern nicht anerkannt, wie aus dem nachfolgenden und eingegangenen Privattelegramm hervorgeht:

Salle (Saale), 29. Juli.

An die Kalibergarbeiter Deutschlands! Der Generalfreik der Kalibergarbeiter Deutschlands zum 1. August ist nicht mehr aufzuhalten, weil die Verhandlungen durch die Regierung verweigert wurden. Die Regierung macht keinerlei Zugeständnisse, ohne die Kaliberginteressen und die Organisationen der Arbeiter zu haben. Der am 29. Juli durch die Organisationen abgeschlossene Tarifvertrag entspricht nicht den Forderungen der Kalibergarbeiter. Verhandlungskommission der Kalibergarbeiter.

Am 20. und am 27. Juli fanden in Hannover und Nordhausen Konferenzen der Kalibergarbeiter statt, auf

denen fast sämtliche Kalibergwerke vertreten waren. Es wurden dort folgende Forderungen aufgestellt:

1. Einführung der 7-Stunden-Schicht einschließlich Seilfahrt und 1/2 Stunde Pause unter Tage; 8 Stunden über Tage einschließlich 1/2 Stunde Pause.
2. Neue Regelung des Tariffs mit Rückwirkung ab 1. Juli 1919.
3. Wöchentliche Lohnzahlung.
4. Sofortige Einführung der Betriebsräte; spätestens bis 15. August 1919.
5. Urlaubsregelung.
6. Regelung des Knappheitswesens.

Zugleich wurde in Nordhausen beschlossen, daß die Kalibergarbeiter Deutschlands in den Generalfreik treten wollen, wenn die Forderungen bis zum 30. Juli nicht erfüllt sein sollten. Der Tarifvertrag der Regierung hat diese Forderungen nicht erfüllt, infolgedessen ist mit dem Ausbruch des Streiks zu rechnen.

Der Kampf in der Kalibergindustrie kann außerordentlich schwere Folgen nach sich ziehen. Kali wird nicht nur in der deutschen Landwirtschaft sehr dringend gebraucht, sondern es dient auch als Rohstoff für die Industrie ausländischer Waren. Das alles hat die Regierung gewußt, sie verschleppte aber die Verhandlungen bis zu einem Zeitpunkt, in dem eine friedliche Verständigung sehr schwer geworden ist.

Zurückziehung der britischen Truppen aus Rußland.

London, 29. Juli.

Im Unterhaus teilte Churchill mit, die Regierung beabsichtige die britischen Truppen vor dem Winter aus Nordrußland zurückzuziehen. Die Lieferung von Lebensmitteln und Munition an Rußland und Denkin würde fortgesetzt werden. Die britischen Truppen würden aus dem Kaukasus und aus Sibirien zurückgezogen, und in wenigen Monaten würden sich kaum noch irgendwelche Truppen in Rußland befinden. Churchill führte aus, wie Rußland und Denkin bedurft, daß sie zwei Drittel des ganzen holländischen Heeres beschäftigten, die Existenz der kleinen Staaten geteilt hätten. Er erwähnte, daß das Gleichgewicht in der Welt in verhängnisvoller Weise gefährdet worden wäre, wenn die Allierten diese Armeen nicht mit Material versorgt hätten.

Kerner teilte Churchill mit, daß die britische Freiwilligenarmee sich auf etwa 250 000 Mann belaufe. England benötige nicht, nach dem Abzuge einer wesentlich größeren Armee zu halten, als es zur Zeit des Kriegsausbruchs besessen habe.

Die englische Demobilisierung.

Amsterdam, 30. Juli.

Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, erklärte Churchill in der gestrigen Sitzung des Unterhauses noch, daß schon über 3 Millionen englische Offiziere und Mannschaften demobilisiert seien. Durchschnittlich würden 5 bis 6000 Mann täglich demobilisiert. Die englische Armee werde bald ausschließlich wieder aus Freiwilligen bestehen. Es melden sich wöchentlich 4 bis 5000, wodurch die Abschaffung der Dienstpflicht beschleunigt werde.

Stimmungswechsel in England.

Sieg des Arbeiterkandidaten in Bostwell.

H. N. Gaag, 29. Juli.

Aus London wird gemeldet: In Bostwell in Schottland fanden Ergänzungswahlen statt. Das Ergebnis war, daß der Arbeiterkandidat 13 135 Stimmen erhielt, während der Kandidat der liberalen Koalition nur 6000 Stimmen bekam. Bei den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahre siegte der Koalitionskandidat mit einer Mehrheit von 332 Stimmen.

Der französisch-amerikanische Vertrag.

Washington, 29. Juli. (Reuter)

Mit allgemeiner Zustimmung wurde der französisch-amerikanische Vertrag dem Senat in öffentlicher Sitzung vorgelegt. Der Text ist mit dem von Großbritannien und Frankreich unterzeichneten fast identisch. In der bei dieser Gelegenheit an den Senat gerichteten Botschaft erklärt Wilson: Der französisch-amerikanische Vertrag sei als zeitweilige Ergänzung des Friedensvertrages gedacht. Er forderte dazu auf, ihn gleichzeitig mit dem Vertrag mit Deutschland wach zu ratifizieren.

Der Stein ist im Rollen!

Weimar, 29. Juli.

Die Schlussfolgerungen aus der Debatte über die Entbillungen Erzbergers und der Regierung in der Nationalversammlung wurde am Dienstag durch den Genossen Senke gezogen. Es war nötig, daß gegenüber den Versuchen der letzten Mehrheitsparteien, durch ihre Teilentbillungen neue Verdunkelung zu schaffen, mit aller Deutlichkeit festgestellt wurde, was in Wahrheit ist. Heute schon kann man auf diese Lage der Entbillungen zurückblicken und ihr Ergebnis erkennen.

Was ist geschehen? Eine neue Regierung ist im Anke die von Erzberger geleitet wird. Herr Erzberger, ein geschickter Taktiker, will Sorge dafür tragen, daß diese Regierung, und er mit ihr, nicht über kurz oder lang hinweggefegt wird. Er will sich auf eine dauernde Herrschaft einrichten. Dazu gehört, daß die Stimmung in der Bevölkerung für diese Regierung günstig gestaltet wird, damit sie weder von links her, noch bei künftigen Wahlen von rechts her gestürzt wird. Herr Erzberger, der eigentliche Kopf und zugleich der Propagandachef der Regierung, hat zu diesem Zweck die Entbillungsaktion eingeleitet. Nicht um der reinen Wahrheit willen, sondern als Waffe im parteipolitischen Kampf. Es sollte durch die Entbillungen eine ungeheure Entrüstung gegen die Parteien der Rechten hervorgerufen werden, um der Tatsache zu begegnen, daß die Rechten sich augenblicklich auf Kosten der Mittelparteien stärken. Auf der anderen Seite sollte durch diese Entbillungen, und mehr noch durch die Ausnützung dieser Entbillungen im Sinne der Propagandarede Erzbergers, der Eindruck hervorgerufen werden, als seien Rechtssozialisten und Zentrum unerfrockene Verteidiger der Wahrheit gegen die Lüge, des Friedens gegen die Kriegsverlängerer; als wenn sie das nicht erst heute geworden, sondern auch während des Krieges gewesen seien. Herr Erzberger wollte so die zusammenbrechende Position der Rechtssozialisten retten, weil er sie als Basis für seine Ministerkabinet braucht.

Aber die eigene Schuld zwang ihn, bei dieser Aktion nur mit der halben Wahrheit zu operieren, und so wird diese Aktion anders enden, als er gehofft hat. Denn er hat es nicht nur mit Segnern zu tun, die aus Schuld die Wahrheit kennen müssen, hinter ihm steht drohend eine unbarmherzige Mehrheit, die Unabhängige Sozialdemokratie, die weder die halbe noch die ganze Wahrheit zu scheuen hat. Heute schon wird es deutlich, daß den Regierungsparteien bei der Erzbergerischen Aktion nicht wohl ist. Zwar ist die Rechte gekennzeichnet worden, aber zugleich wurde der Ankläger entlarvt.

Unsere Genossen haben bereits festgestellt, daß die Mehrheitsparteien des alten Reichstags selbst schuldig sind, und diese Kennzeichnung wurde heute gekrönt durch die Freistellung des Genossen Senke: Erzberger hat 1918 den Grafen Hertling zum Reichskanzler gemacht, das Programm Hertlings aber war: die Zeit des status quo ante in Belgien ist vorüber.

Der Aktionsplan des Herrn Erzberger ist gescheitert. Er selbst hieß Chomade, um das Gesicht abzubrechen. Wir sind gerüstet mit Material, so tief er der Rechten zu, hütet auch, uns zu reizen, damit wir nicht mehr enthüllen müssen. Das war das Angebot des Waffenstillstandes, der Vorkriegs eines neuen Beitragsversuchs am Volke. Erzberger hat die Wahrheiten enthüllt, die er zur Wahlpropaganda braucht, die anderen will er verschweigen. Durch halbe Wahrheiten sollen erneut falsche Vorstellungen in die Bevölkerung getragen werden. Die eine Seite der Schuldigen, die Deutschen, haben während des Krieges durch eine ungeheuerliche Geschichtsfälschung das Volk betrogen, jetzt will die andere Seite, die der augenblicklichen Mehrheitsparteien, durch eine erneute Verungung der geschichtlichen Wahrheit das Volk zu ihren Gunsten abermals betrügen.

Aber der Versuch ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wohl mag die gesamte Nationalversammlung nicht hören auf die Anklagen, die unsere Partei erhebt, weil sie uns alle hassen, Rechte wie Mehrheitsparteien. Aber die Massen werden sie hören, und sie werden nicht nur den Deutschen, sondern auch den bisherigen Mehrheitsparteien entgegenrufen: ihr habt bis zuletzt vom Verteidigungskrieg geredet, ihr habt die Mittel für den verheerenden Krieg

bedürftig, ihr habt die Wahrheit verweigert, ihr habt uns belogen und betrogen, ihr alle seid schuldig!

Herr Graberger und seine Regierungsparteien mit ihm, wünschten heute nur zu sehr, daß diese Aktion ein Ende sei. Aber sie ist erst ein Anfang. Der Stein ist ins Rollen gebracht, und niemand kann ihn mehr aufhalten. Glaubt man, daß man nun erneut den Schlier vor jenen Giftsumpf ziehen kann, nachdem man einen Wied auf ihn verfrachtet hat? Der Wied hat sich durchsichtig gezeigt, darum will jetzt die arbeitende Bevölkerung die ganze Wahrheit sehen, die sie abnt; die ganze Wahrheit, die auch die Schmetterlinge wird, die heute schon im Bewußtsein ihrer Schuld rufen: wir selbst waren belogen; die Schwedemann und Ebert, den Roske mit, der einer der schlimmsten Geher im Dienste des Ludendorffschen Kriegspresseamts war!

Das Fazit dieser Enthüllungsbefehle wird nicht gezogen in der Nationalversammlung, das Urteil nicht gesprochen von jenem Staatsgerichtshof. Die Masse der revolutionären Arbeiterschaft wird das Fazit ziehen und das Urteil sprechen. Jetzt ruft sie: heraus mit der ganzen Wahrheit, und wehe denen, die sie noch zu verbergen trachten. Sie läßt sich nicht mehr verbergen. Dann aber mögen die Schuldigen — rechts und links — vor dem Richterpruch des revolutionären Proletariats zittern!

Die Fortsetzung der Verfassungsberatung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 30. Juli.

Die Generaldebatte über die Verfassung in dritter Lesung wurde heute von dem Reichspräsidenten Düring weitergeführt, der unter allgemeiner Unannehmlichkeit des Hauses vom konservativen Standpunkt aus eine wenig wirkungsvolle Kritik an dem Verfassungsentwurf übte und das monarchische Prinzip feierte. Der Abgeordnete Heinge, der für die deutsche Volkspartei sprach, fand, daß ein Teil der extremen Demokratie durch diese Verfassung gehe, daß sie mangelnden Sinn für die Staatsnotwendigkeiten habe und an 1840 anknüpfen anstatt an 1871. Er führte bittere Klage über die Ausschaltung seiner Partei von den wichtigsten Entscheidungen darüber, und daß in diesem Augenblick nichts über die Bedeutung des Schlußkompromisses bekanntgegeben sei. Die Gegenstände gegen den extremen Parlamentarismus in der Verfassung seien nicht genügend. Seine Fraktion werde die Verfassung ablehnen. Nach Heinge begann unser Genosse Dr. Oskar Lohm mit einer großzügigen Kritik an der bürgerlich-demokratischen Verfassung.

Das polnische Heer.

Entfernung der Unabhängigen und Kommunisten aus dem Heere.

Nach einer Verfügung des Kriegsministers steht, wie die „Zentr. Parl. Corr.“ meldet, die Zugehörigkeit zur kommunistischen und unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Angehörigen der bewaffneten Macht im Widerspruch zu der eingegangenen Treupflicht, und ihre Mitglieder können im Heere nicht gebildet werden. Es ist daher für alle Angehörigen des Heeres Pflicht, das Vorhandensein von Mitgliedern dieser Parteien und propagandistische Maßnahmen von ihrer Seite sofort zu melden, damit sie aus dem Heere entfernt und gegebenenfalls der Verhaftung zugeführt werden können.

Die Verfügung des Kriegsministeriums, die auf die Aechtung zweier proletarischer Parteien hinausläuft, den politischen Gewissenszwang im Heere einführt und das lächerliche Denunziantentum für die Heeresangehörigen zur Pflicht macht, ist wohl das Tollste, was man sich vorstellen kann. Die hier angeordneten Maßnahmen reißen sich den Schilken gegen den republikanischen Führerbund würdig an. In der Armee der deutschen Republik werden republikanische Führer sehr ungern gesehen, wirkliche Sozialisten und Kommunisten aber unter ein Ausnahmegeheiß gestellt, und ganz verachtet.

Die ganze Maßnahme des Kriegsministeriums schlägt den verfassungsgemäßen Rechten der deutschen Staatsbürger ins Gesicht und ist ein Hohn auf die angeblich errungene „vollendete Demokratie“.

Dabei gefehlt sich zur Gewalt noch altpreussische Machthaber, die Lüge. Gegen den republikanischen Führerbund wird geltend gemacht, daß seine Bildung eine Verletzung des Grundgesetzes sei, daß das Heer unpolitisch sein müsse. Zugleich aber trägt man politische Gesinnungsriecherei in die Armee, um ihren konterrevolutionären Charakter zu sichern!

Wir erwarten, daß gegen das Treiben des Kriegsministeriums sofort in der Nationalversammlung Protest erhoben wird.

Eichhorn an den Untersuchungsausschuß.

Genosse Emil Eichhorn hat an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses der preussischen Landesversammlung, Abg. Siering, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In dem offiziellen Bericht über die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses lese ich zu lesen, daß auch Eichhorn im September erneut geladen werden soll. Diese Ladung wird vermutlich erst in einigen Wochen erfolgen, ich möchte aber schon heute bemerken, daß ich einem nochmaligen Erscheinen vor dem Ausschuss keinen Wert mehr beizumessen vermag.

Es ist Ihnen sehr zu danken, daß ich den dringenden Wunsch habe, vor dem Ausschuss zu erscheinen, und daß ich von dem, was Sie mir freundlich erwirkten freien Geleit Gebrauch machen und vor dem Ausschuss meine Stellung zu den Januarereignissen darlegen konnte, was ich noch vertrauensvoll genug zu glauben, es sei dem Ausschuss darum zu tun, die Wahrheit und nur die Wahrheit zu erforschen. Durch den Beschluß des Ausschusses, die Zeugen in meiner Abwesenheit zu vernehmen, und durch die höchst interessante Äußerung, aber die in meiner Abwesenheit gegen mich gerichteten Aussagen durch ein rechtssozialistisches Nachrichtenbureau sehr ausführlich und mit ungewöhnlicher Tendenz an die Presse berichten zu lassen, bin ich gründlich von meiner Vertrauensseligkeit irritiert. Es drängt sich mir die Ueberzeugung auf, daß der Ausschuss nur dazu dienen soll, das provokatorische Vorgehen der Regierung im Januar unter allen Umständen zu rechtfertigen. Voraussetzung dazu ist, daß für meine brüderliche Entlassung der Schein der Berechtigung geschaffen wird, und daß die revolutionären Arbeiter und ihre Organe als diejenigen hingerichtet werden, die den „Ruf“ von langer Hand vorbereitet hätten. Das sollen die Aussagen der „Zeugen“ wirken, Aussagen, die

nach den Presseberichten teils grobe Unwahrheiten enthalten, oder klar und zweideutig waren, die aber infolge meiner Fernhaltung unklar und widersprüchlich vor dem Ausschuss blieben, wie sie unüberprüfbar und höchst tendenziös aufgeführt an die Presse weitergeleitet wurden.

Zu gleicher Zeit — es genügt das von einer vorzüglichen Regie — macht auch Herr Heine „Enthüllungen“, und der Berichtserstatter Ihres Ausschusses, Herr Abg. Heilmann, bearbeitet in seiner sozialdemokratischen Korrespondenz die Heineschen Notizen zu einem Artikel mit der schönen Ueberschrift: „Eichhorn, Spartakus und Landarbeiter.“ Der Artikel war für die rechtssozialistische Presse eine hübsche Ergänzung der Berichte aus dem Untersuchungsausschuß.

Derselbe Herr Heilmann, in dessen Hände der Ausschuss die Berichterstattung gelegt hat, dessen Aufgabe es also wäre, ganz unvoreingenommen die Ergebnisse der Untersuchung zusammenzufassen, und dabei die ausnahmslos unedlichen, und deshalb von keiner strafrechtlichen Verantwortung getragenen Aussagen besonders vorichtig zu werten, hat freilich auch die persönlichen Ausfälle des Ministerialdirektors Dohse in einer der ersten Sitzungen des Ausschusses sofort in tendenziösester Form zurecht gemacht und in die Presse gebracht.

Das konnte damals als Engeleiung gelten, heute muß man annehmen, daß es zum System gehört. Was hat unter solchen Umständen mein nochmaliges Erscheinen vor dem Ausschuss für einen Sinn? Wenn es nicht nur Komödie sein soll, lediglich dazu bestimmt, für den Ausschuss den Schein der Unparteilichkeit zu retten, dann müßten alle Zeugen nochmals geladen und mir gegenübergestellt werden; und es müßte mir auch gestattet sein, wenn nötig, für meine Darstellung Zeugen ins Feld zu führen und Ihnen Zeugen gegenüber zu stellen.

Ich zweifle nach den bisherigen Erfahrungen sehr, ob der Ausschuss geneigt sein wird, der Wahrheit diese Brücke zu bauen.

Hochachtungsvoll

Herr Emil Eichhorn,

Mitglied der Nationalversammlung.

Die „vollendete Demokratie“.

Die Frauen der Schutzhaftgefangenen wollten am 29. Juli eine Versammlung abhalten, um sich mit der bedrängten wirtschaftlichen Lage zu befassen, in die sie infolge der ungelieblichen Festnahme ihrer Männer geraten sind. Die Versammlung wurde vorchriftsmäßig angemeldet, als Antwort darauf ging der Einberufung vom Polizeipräsidium folgendes Schriftstück zu:

Auf die Anzeige vom 28. d. M. erwidere ich im Auftrage des Oberkommandos R 31 e ergebend, daß die für den 28. d. M. in den Sophienböden, C 54, Sophienstr. 17/18, geplante Frauenversammlung nicht zugelassen werden kann.

In Vertretung: gez. (Unterschrift).

Es ist charakteristisch, daß in diesem Schreiben Gründe für die Nichtgenehmigung der Versammlung nicht angegeben werden. Und Herr Roske hat alle Ursache dazu, diese Gründe zu verheimlichen. Die Schutzhaftbehörde ist eben eine derart peinliche Angelegenheit für die „sozialistische“ Regierung, daß sie eine Klarstellung der skandalösen Zustände vor aller Öffentlichkeit scheut.

Gegen Belagerungszustand und Pressefreiheit.

Der Belagerungszustand in Rheinland-Westfalen und seine Begleiterscheinungen machten eine außerordentliche Generalversammlung der Organisationen der U. S. P. in den Kreisen Bochum, Gelsenkirchen, Dattingen, Witten notwendig. 89 Delegierte vertraten 10 000 Mitglieder. Die Vorstandsmitglieder Wozel und Teuber sitzen noch immer im Schutzhaftgefängnis. Gute Fortschritte wurden aus allen Ortschaften festgestellt. Gegen die Vergewaltigung der Presse durch den rechtssozialistischen Severing wandte sich die Generalversammlung ganz besonders. Hat er es doch fertig gebracht, die „Freiheit“ für das ganze Ruhrgebiet zu verbieten. Die Leser im Ruhrrevier bekommen die „Freiheit“ seit vier Wochen nicht mehr zugestellt. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

Die außerordentliche Generalversammlung der Kreise Bochum, Gelsenkirchen, Dattingen, Witten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei protestiert ganz entschieden gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes. Die Generalversammlung verlangt sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes, sofortige Haftentlassung der in Schutzhaft befindlichen Proletarier. Mit Entrüstung nimmt die Generalversammlung das Verbot der Berliner „Freiheit“ für das ganze Ruhrgebiet, das vom Staatsminister Severing ausgesprochen wurde, Kenntnis. Mit aller Entschiedenheit protestiert die Generalversammlung gegen die Vergewaltigung der Presse durch Herrn Severing.

Aus Westfalen wird uns geschrieben:

Ihre Zeitung ist hier noch immer beschlagnahmt, ich war schon mehrere Male bei der Post und Polizei, aber vergebend. Es heißt in der Beschlagnahmeverfügung, daß in den Bezirken, wo der Belagerungszustand verhängt ist, sämtliche Zeitungen spartakistischen und bolschewistischen Inhalts verboten sind. Darunter ist auch die „Freiheit“ (Berlin) angeführt. Wie oben erwähnt, habe ich alles bei der hiesigen Behörde versucht, aber ohne Erfolg.

Ich kann Ihnen noch mitteilen, daß überhaupt keine Ursache vorhanden ist, den Belagerungszustand zu verhängen, hier ist alles ruhig. Wer allerdings als „Spartakist“ bekannt ist, wird verhaftet, so jetzt wieder ohne irgendeinen Grund der Genosse Zombroff in Görde.“

Zur Ermordung des französischen Sergeanten Manheim.

Wie einer Berliner Abendzeitung gestern aus Basel telegraphiert wurde, will der Berliner Vertreter des „Daily Express“ erfahren haben, daß der Mörder des Franzosen Manheim, der einem deutschen freiwilligen Regimente angehörende Unteroffizier Ruf sei. Die Berliner Polizei glaube, ihn in einigen Tagen völlig überführen zu können. Bis dahin würden die Alliierten ihre Antwort auf die Ablehnung ihrer Forderung von einer Million Francs seitens der deutschen Regierung aufschreiben.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir bereits am ersten Tage nach der Ermordung auf Grund des Berichtes eines freiwilligen-Regimentes namens Ruf hervorgerufen an dem Ueberfall beteiligt gewesen sei. Damals war es der „Bormarts“

gewesen, der sich darüber entsetzte, daß wir ohne weiteres billige einer solchen Tat für schuldig hielten. Es muß manchen dringend gefordert werden, daß die deutsche Presse die Nachforschungen über die Aufführung dieses wichtigen Falles nicht auf dem Umwege über Basel, sondern direkt erhält.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

H.N. Haag, 29. Juli.

Im Kongreß der internationalen Gewerkschaften (I.G.) Präsident die Ernennung von drei Kommissionen und zwar eine zur Untersuchung der neuen Verfassung, eine zur Prüfung der Beschlüsse, die von den holländischen und belgischen Syndikaten eingereicht wurde, und schließlich eine Kommission zur Untersuchung der Frage, ob die Programme, die seinerzeit in Bern und Leeds aufgestellt wurden, mit dem gegenwärtigen Pariser Programm vereinbar sind. Ueber die Ernennung dieser Kommissionen erfolgt eine lange und schwierige Debatte. Der Präsident vertrat die Ansicht, daß die Delegation in der Konferenz ein Mitglied in jeder Kommission haben solle, während die Engländer und Amerikaner wünschten, daß jedes Land ein Mitglied ernennen sollte. Die erste Regelung hätte Deutschland und Holland einen Vertreter gebracht, weil in beiden Ländern neben dem allgemeinen und syndikalistischen Arbeiterverband besteht. Bei der schließlich erfolgten Abstimmung ergab sich, daß Amerika, Belgien und Holland sich auf den amerikanischen Vorschlag einigten, während die anderen Länder, d. h. die Tschechoslowakei, Dänemark, die belgischen Delegationen, Frankreich und die beiden holländischen Delegationen, Oesterreich, Ungarn, Serbien, Spanien, Schweden und die Schweiz mit 19 Stimmen sich dem Vorschlag des Belgischen angeschlossen.

Silber an die Gewerkschaftsinternationale.

Der Vorstand der Reichsvereinnigung ehemaliger Kriegsfangener hat an Bogien und Compers folgende Mitteilung gerichtet:

Die organisierten ehemaligen Kriegsgefangenen Deutschlands, die nicht als letzte zur internationalen Gewerkschaftsbewegung gehören, bitten in letzter Stunde den internationalen Gewerkschaftskongreß seine Stimme zugunsten der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen zu erheben. Als ehemalige Kriegsgefangene wissen wir, wie unendlich schwer die Befreiung mit sich bringt. Das furchtbare Leben ist die Ungewißheit, wann die Stunde der Befreiung schlagen wird. Laut Friedensvertrag soll der Abtransport der Kriegsgefangenen nach der Ratifikation des Vertrages durch drei Großmächte beginnen. Diese Ratifikation ist vor Ende August nicht zu erwarten. Seit mehreren Wochen sind sich eine deutsche Abnahmekommission, die die Verhältnisse beim Abtransport in die Hand nehmen soll, völlig unthätig geblieben, da die zur Mitarbeit bestimmte Entente-Kommissionen keine Arbeit trotz mehrfacher Bitten nicht beginnen. In Estland befinden sich 60 000 deutsche Gefangene. Deutschland ist eine Kommission bestimmt, die den Abtransport dieser Gefangenen regeln soll. Die Kommissionsmitglieder sind am 1. August nach Estland bereit. Sie warten seit Monaten auf die Befreiung ihrer Väter durch die Entente.

800 000 Kriegsgefangene, die Kersten der Armen, nehmen schmerzliche Blide auf den internationalen Gewerkschaftskongreß und erschaffen von ihm, daß er seine Macht zu ihrer Befreiung einsetzt. Der Dach dieser 800 000 Kriegsgefangenen hat eine derartige Tat des internationalen Gewerkschaftskongresses in der Förderung und Verbeitung der internationalen Gewerkschaftsbewegung seinen Ausdruck finden.

An die Angehörigen der Kriegsgefangenen!

Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz bittet um Veröffentlichung folgender Mitteilung: Naturgemäß werden nach oft jahrelanger, harter Trennung die Angehörigen von Kriegsgefangenen den Wunsch haben, diese bereits in den Durchgangslagern zu sehen. Im Interesse der einzelnen Familien wie der Allgemeinheit ist es dringend erforderlich, von einer derartigen Reise in die Durchgangslager abzuraten. Die Kriegsgefangenen werden sich nur wenige Tage in den Durchgangslagern aufhalten, so daß ein rechtzeitiges Eintreffen der Verwandten dort kaum möglich sein dürfte. In den meisten Fällen der Kriegsgefangenen sind schon auf dem Wege nach seinem Heimatsort befindlich. Die Tage in den Durchgangslagern werden voll mit angedrücktem, die erkrankungsmäßige Entlassung der Kriegsgefangenen durchzuführen. Auch im Interesse der Allgemeinheit muß an die Einschleppung appelliert werden, da zur Verhinderung der Einschleppung aufstrebender Krankheiten für die Heimgekehrten eine kurze Absonderung erforderlich ist.

Otto Bauer über seinen Rücktritt.

H. N. Wien, 29. Juli.

In einer gestern abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung erklärte Dr. Bauer seinen Rücktritt als Bericht über seine achtmonatliche Tätigkeit als Staatssekretär des Reiches. Er führte u. a. aus: Mein erstes Ziel seit meinem Amtsantritt war die Vereinigung des Reiches mit dem Deutschen Reich. Ich halte den Anschluss für eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Notwendigkeit für Österreich. Die Föderation mit dem Nationalitäten lehne ich ab, weil wir dann unter fremder Führung im Dienste eines fremden Kapitalismus stehen würden. Im Dezember, Januar und Februar hätten wir den Anschluss an Deutschland vollziehen können und hätten damit die Welt vor eine vollendete Tatsache gestellt. Dies war wegen der diplomatischen Aktion der Anschlussgegner unmöglich. Die ersten Gegner waren die Konarischen, die zweiten die kapitalistischen Gruppen. Ich muß zugeben, daß heute den Anschluss nicht durchzuführen können, aber der Gedanke wird wachsen und erstarren, bis seine Stunde gekommen sein wird.

Die Zeit meiner gemeinsamen Arbeit während meiner Tätigkeit mit den Vereinigten Staaten und England wird mir eine angenehme Erinnerung bleiben. Anders ist es mit den Vereinigten Staaten. Ich wollte möglichst gute Beziehungen zu ihnen unterhalten, um damit das Unrecht Sabburgs vom Jahre 1918 und 1920 zu sühnen. Die Entschuldig ist jedoch in Rom gefallt, da Italien, weil es Fiume hergeben mußte, sich unbedingte Zustimmung Kardos halten will. Ich gebe zu, die Franzosen sind gegen mich. Sie meinen, ich wäre ein höchst gefährlicher Bolschewist. Ich bin aber kein Bolschewist. Nach meinen Bestrebungen bedeutet jetzt der Kommunismus bei den heutigen europäischen Verhältnissen einen vorübergehenden Sieg des Proletariats und ich bestreite die daraus folgende Niederlage. Ich halte die bolschewistischen Methoden nicht für anwendbar. Deshalb bin ich abgetrennt.

nicht blind gegen die sozialistische Revolution, die sich in Europa vollzieht. Wenn ich meinen Voten verlassen habe, so habe ich das Bewußtsein, meinen sozialdemokratischen Grundsätzen treu geblieben zu sein.

Der neue österreichische Außenminister.

Wien, 29. Juli.

Der „Neuen Freien Presse“ zufolge wurde der Gesandte im Haag Joppen mit der Leitung des Staatsamtes für Aeußeres in Abwesenheit des Staatslanglers betraut.

10 Tage Fristverlängerung für Oesterreich.

H. N. Haag, 29. Juli.

Die Friedenskonferenz hat das Gesuch des österreichischen Staatslanglers Dr. Renner um eine Fristverlängerung von 10 Tagen zur Erwägung der aufgestellten Bedingungen genehmigt.

Deutschlands Zulassung zum Völkerbund.

Wie aus Paris berichtet wird, entnimmt man dort dem Berichte des Referenten Menard in einer Sitzung des Friedensschusses der französischen Kammer, daß Deutschland nach dem 1. Oktober zum Völkerbund zugelassen werden solle. Dem 1. Oktober heißt es, daß Deutschland nach der Wählung der internationalen Arbeiterkonferenz, die am 1. Oktober d. J. stattfinden soll, zu dieser Konferenz und zu dem internationalen Arbeitsbureau seine Vertreter entsenden dürfe, was nach Ansicht des Berichterstatters ihm offenlassen dürfte, was nach Ansicht der Nationen vom 1. Oktober ab der Zugang zur Gesellschaft der Nationen vom 1. Oktober ab eröffnet.

Das Verfahren gegen Wilhelm.

Bern, 29. Juli.

„Republique de Yvon“ meldet aus Paris, daß die Unterhandlungen mit Holland über die Auslieferung des Kaisers begonnen hätten. Man beschließt, das Verfahren gegen den Kaiser nicht in London, sondern an einem schwer zugänglichen Orte stattfinden zu lassen. Man spricht von Capa Flow.

Die Südslawen räumen Klagenfurt.

Spittal an der Drau, 29. Juli. (Korrespondenz.)

Zur Festsetzung der Demarkationslinie wurde am 27. zwischen militärischen Vertretern Deutschösterreichs und des serbisch-kroatisch-slownenischen Staates unter Vorbehalt der internationalen Mission in Klagenfurt ein Protokoll unterfertigt, wonach die Südslawen am 31. 7. morgens mit der Räumung des von ihnen besetzten nördlichen Gebietes mit der Landeshauptstadt Klagenfurt und dem Nordufer des Wörther Sees beginnen und diese bis zum Nachmittag durchführen sollen. In die freigewordene Zone rückt die deutschösterreichische Sicherungstruppe ein.

Unruhen in Bulgarien.

Bukarest, 29. Juli. (H. N.)

Das rumänische Pressebureau meldet aus Sofia: In den letzten Tagen sind in Bulgarien neuerlich große Unruhen ausgebrochen, die ernste Folgen voraussehen lassen. In mehreren großen Städten fanden bereits blutige Demonstrationen statt. Es wurde die Auszuführung der Kaiserrepublik verlangt.

Belgrad, 29. Juli. (Wiener Korr.-Bur.)

Als gestern nachmittags französische Truppen durch Rom Salanka marschierten, wurden sie von bulgarischen Soldaten beschossen. Es kam zu einem Feuergefecht, in welchem neun französische Offiziere und zwanzig Soldaten schwer verwundet wurden. Die Schuldigen sind verhaftet und das ganze in Rom Salanka befindliche Regiment entmachtet worden. Auf Anordnung Frankreichs wird eine französische Division nach Bulgarien entsandt werden, um die bulgarische Armee zu entwaffnen.

Ernstige Lage in Portugal.

Bern, 29. Juli.

Die französischen Blätter berichten, daß die Lage in Portugal von Tag zu Tag ernster wird, da die Streiks an Ausdehnung zunehmen. Die Haltung der Streikenden wird immer bedrohlicher. In den letzten Nächten wurde wiederholt auf Sicherheitsmannschaften geschossen. Bei Streikenden und Matrosen endete man Waffen, die aus dem Zeughaus gehoben worden waren. Eine Volkswirtschaftsbande hat sich in den Besitz mehrerer Dörfer bei Lissabon gesetzt. Die streikenden Eisenbahner erklären, von einer Einigung mit der Regierung nichts wissen zu wollen, vielmehr sei es ihre Absicht, die verhafteten Eisenbahner mit Gewalt zu befreien.

Neue Unruhen in Chicago.

Chicago, 29. Juli. (Neuter.)

Bei den Ausschreitungen, die am Morgen von neuem begannen, wurde ein Arbeiter getötet und zwei verwundet. Die Verhafteten von gestern abend werden auf 50 Tote und über 500 Verwundete geschätzt. Truppen sind entsandt worden, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Die Hebung der versenkten Schiffe.

London, 29. Juli.

„Evening Standard“ meldet: Man habe im Gegensatz zu der bisherigen Auffassung gefunden, daß der größte Teil der versenkten deutschen Flotte gehoben werden könne, und zwar vor Beginn des nächsten Jahres.

Ausperrung in Havre.

Le Havre, 29. Juli. (Gazette.)

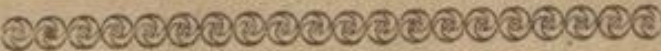
Die Vereinigung der Arbeitgeber hat die Einstellung der Loharbeiten und Loharbeiten bei den Schiffen angeordnet, weil die Loharbeiten den Vertrag gebrochen. Soloblage getrieben und übertriebene Lohnforderungen aufgestellt hätten. Zum 30. Juli wurde die Einstellung der Arbeiten im Hafen angeordnet. Die Arbeiter haben sich solidarisch erklärt.

Anschluß Koburg an Bayern. Die Verhandlungen zwischen dem bayerischen Gesandten und Vertretern Koburgs, bei denen auch Abgeordnete aller Parteien zugegen waren, haben zu Vereinbarungen geführt, wonach unter gewissen Bedingungen Koburg in Bayern einverleibt wird. Bayern erklärt sich zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit.

Die lässlichen Hochverratsprozesse in Bayern.

Ohne Unterbrechung nehmen die Hochverratsprozesse in Bayern gegen die Hauptbeteiligten bei der Auslösung der Kaiserrepublik in München und anderen bayerischen Städten ihren Fortgang. So hatte sich gegen diese Anklage am 28. Juli der Polizeipräsident der Münchener Kaiserrepublik, Rader-Günther, der zugleich Medeaureur der inzwischen eingegangenen „Noten-Zahne“ gewesen war, zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen ihn zu der Auffassung des Staatsanwaltes die ehrenhafteste Befreiung des Angeklagten an und beurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis.

Am folgenden Tage ging Johann ein neuntägiger Hochverratsprozess gegen 21 Angeklagte vor dem Staatsgericht in Kempten i. Allgäu zu Ende, welche beschuldigt waren, der Auslösung der Kaiserrepublik in Kempten und im ganzen Allgäu



Achtung! Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Sorgt für den Wahl- und Propagandafonds der Berliner Arbeiterräte!

Die roten Quittungsmarken zum Einlösen der Beitragsmarken können bereits von 9 Uhr ab im Bureau des Vollzugsrates, Zimmer 1, abgeholt werden.

Die Abrechnung der Marken täglich an der Kasse des Vollzugsrates, In den Zelten 23, Zimmer 11, von 10 bis 4 Uhr.



vorbereitet und durchgeführt und hierzu von der Münchener Kaiserrepublik 50 Millionen Mark angefordert zu haben. An Angeklagte wurden freigesprochen, während die übrigen Festungstrafen von sechs Monaten bis zu drei Jahren erhielten.

Sibelen in Berlin.

Zu unseren Berichten, die wir unter dieser Ueberschrift über die entsetzlichen Zustände im Militärgefängnis in der Stadtvogtei, Dirschstr. 15, gebracht haben, und aus denen hervorgeht, daß die Gefangenen dort niemals ihres Lebens sicher und dauernd von den Schicksalshänden der Freiwilligen bedroht sind, erhalten wir noch folgende Zusätze:

Die blätter in der „Freiheit“ erschienenen Artikel über die Zustände im Militärgefängnis in der Stadtvogtei, Dirschstr. 15 stimmen fast ausschließlich mit den Tatsachen überein. Zu bemerken wäre noch, daß es endlich an der Zeit wäre, auch die kleinen Disziplinarstrafen (Einsperren in den Keller) abzuschaffen. Die Gefangenen, die einige Stunden in einem solchen Kellerraum zugebracht haben, müssen unbedingt Schaden an ihrer Gesundheit nehmen, denn es besteht weder Sitz- noch Liegegelegenheit, auch ist den Gefangenen keine Gelegenheit geboten, die kleinste Notdurft zu verrichten, so daß diese gezwungen sind, die nächstliegende Gelegenheit zu ergreifen und den Kellerraum zu verunreinigen. Für die Reinigung desselben wird sozusagen garnicht gesorgt. Auch wäre es zu empfehlen, verschiedenen Schließern klar zu machen, daß Untersuchungsgefangene immer noch Menschen und keine überführten Verbrecher sind und daß diese Herren sich nicht an Gefangene vergreifen dürfen. Fast täglich kann man das lässliche Schreien und Wimmern von geschlagenen Gefangenen hören.

Aus der Partei.

Die internationale Konferenz.

Die Parteileitung hatte in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Beirat und der Kontrollkommission sich auch mit der Frage der Internationale beschäftigt und kam einmütig zur Ansicht, daß eine Vertretung auf der internationalen Konferenz in Luzern angezeigt sei, um den revolutionären Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Geltung zu bringen, gegen die reformistische Tendenzen Stellung zu nehmen und die gegenrevolutionäre Haltung der deutschen Rechtssozialisten vor das Forum der Internationale zu bringen. Ueber einstimmend kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß ein Anschluß an die Internationale, in der für die Rechtssozialisten Raum wäre, für die Unabhängige Sozialdemokratie nicht in Betracht käme. Die Luzerner Konferenz wird nur als eine Vorbereitung für den später zusammenzutretenden internationalen Kongress betrachtet, der erst die endgültige Entscheidung über die prinzipiellen Grundlagen der neuen Internationale wird fällen können.

Die Parteileitung hat als Delegierte die Genossen Crispian, Gaase und Silberding bestimmt.

Generalsammlung der Parteioorganisation Bezirk IV Potsdam.

Die Organisation, die Landkreise Niederbarnim, Oberbarnim, Ost- und Westhavelland, Juchow-Bezirk, Jüterbog-Ludowalde, Ost- und Westpreignitz, Prenzlau, Angermünde, Templin und Ruppiner Land, konstituierte sich am Sonntag endgültig. Genosse Wiktke betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses. Genosse Rüter erläuterte dann das vorläufige Organisationsstatut. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, die Organisation: Unabhängige sozialdemokratische Parteioorganisation Bezirk IV Potsdam zu nennen. Die engere Verwaltung soll aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern und sechs Beisitzern bestehen. Von letzteren stellt Niederbarnim zwei und Oberbarnim, Osthavelland, Jüterbog-Ludowalde sowie Westhavelland je einen.

Die engere Verwaltung, gemeinsam mit den Vorsitzenden der Agitationsbezirke, einem Bildungsausschuß von fünf Mitgliedern, einem Frauen-Agitationsausschuß von gleichfalls fünf Mitgliedern, den Obmannen der Verksammissionen und je einem Vertreter der Zentralstellen der kommunalen U. V. Arbeiterräte und den Redaktoren der erweiterten Verwaltung.

An Beiträgen werden erhoben: 50 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder monatlich und 50 Pf. Eintrittsgeld. Von allen Parteien einschließlich der Eintrittsmarken werden

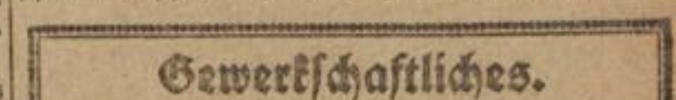
70 Prozent an die Hauptkasse abgeführt und 30 Prozent beibehalten am Ort. Von letzterem Betrag sind auch die Kosten der Kommunalwahlen zu bestreiten. Die Hauptkasse gibt 40 Prozent an den Verband Groß-Berlin-Brandenburg weiter.

Zu den Generalversammlungen, deren jährlich mindestens zwei stattfinden sollen, haben die Ortsgruppen mit bis zu 250 Mitgliedern einen Delegierten, bis zu 100 Mitglieder zwei Delegierte und für je weitere angefangen 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu wählen. Außerdem haben sich um die Organisation der Parteioberleitung, die erweiterte Verwaltung, die Sekretäre und die von der Parteioberleitung gewählten Vertreter in gesetzgebenden Körperlichkeiten.

Die Wahlen zur engeren Verwaltung hatten folgendes Ergebnis: Rüter und Silberding als Vorsitzende, Leo und Wiktke als Schriftführer, Genossin Franke und Genossin Wiktke-Niederbarnim, Müller-Oberbarnim, Weisig-Niederbarnim, Wamera-Jüterbog-Ludowalde, Willems-Weißhaveland als Beisitzer.

Silberding hielt Gen. Dreifisch einen Vortrag, indem er den Reichstagen von 1914 und den Kriegsverlängerern der folgenden Jahre die Maske vom Gesicht riß. Er tat es, weil diese Gesellen sich jetzt immer kühner hervorwagen. Insbesondere rügte er das Maß von Schuld der Sozialisten und des Antisemitismus ins rechte Licht, um schließlich die Umkehrpolitik der Rechtssozialisten in den Gegenwartsfragen zu kennzeichnen. Die Ausführungen fanden reichen Beifall.

Ein Antrag, worin gesagt ist, daß der Arbeiterbund nicht als Organisation für unsere Genossen in Betracht komme, sondern die Aufgaben des Bundes von der Partei bzw. den kommunalen Arbeiterräte zu erfüllen seien, wurde nach kurzer Aussprache an Groß-Berlin verwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, der folgende Broschüren aufläuernden Inhalts herauszugeben:



Noch keine endgültige Entscheidung im Siemens-Konflikt.

Seit vormittag fand eine Versammlung der Arbeiter des Siemenskonzerns im Veranlagungsort in der Jungfernheide statt, die sich mit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses und der Entscheidung der Verhandlungsausschüsse beschäftigte. Kollege Pfaffenkläger legte dar, daß es sich bei dieser impolitischen einseitigen Bewertung nicht um materielle Interessen, sondern um ideale Forderungen handelt. Es sei ein gemeinsamer Vorstoß der Berliner Metallindustriellen gegen die Funktionäre der Arbeiterkassen geplant gewesen. Der Redner gab dann eine kurze Uebersicht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß und stellte fest, daß die Unternehmer beabsichtigen haben, sich abzugeben und unterwürfige Arbeiter zu schaffen. Der Redner empfahl der Versammlung, mit ruhiger Ueberlegung den Beschluß zu fassen.

In der Diskussion wurden mehrere Vorwürfe gegen die Verhandlungsausschüsse und gegen die Funktionäre erhoben. Es wurde von einer Abwürfung des Streiks und einer Vereinigung von oben gesprochen. Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes sprachen im Sinne des Funktionärbeschlusses und empfahlen geheime Abstimmungen. Außerdem ergriff Genosse Stahlbera als Vorsitzender der U. V. Arbeiterräte das Wort, um im Namen der Fraktion der Streikenden die größte Anerkennung für ihre Geschlossenheit in diesem Kampfe auszusprechen. Auch er empfahl ruhige Ueberlegung und klare Einsicht bei der Bestimmung. Er fand mit seinen Ausführungen den lebhaftesten Beifall der Versammlung. In seinem Schlußwort sprach Kollege Pfaffenkläger die Hoffnung aus, daß wenn die Unternehmer den Schiedsspruch nicht einhalten, die Arbeiter ebenso geschlossen wieder die Maßnahmen ergreifen, wie es jetzt geschehen ist. Die Versammlung wurde darauf geschlossen und die Arbeiter und Arbeiterinnen begaben sich in die einzelnen Abstimmungslokale, um über den Abbruch oder die Weiterführung des Streiks Beschluß zu fassen. Das Resultat dieser Abstimmung dürfte vor heute nachmittags nicht zu erwarten sein.

Der Lohnstarif der Groß-Berliner Gemeinbedarbeiter.

Der Zentralausschuß gelangte in der gestrigen Sitzung, wo über die Höhe der zu bewilligenden Uebergangsbeträge verhandelt wurde, zu einem einstimmigen Schiedsspruch. Er setzt die Uebergangsbeträge auf 14 M. wöchentlich für die ungelernten männlichen Arbeiter — die etwa 65—70 v. H. der Gemeinbedarbeiter ausmachen — und auf 10 M. wöchentlich für alle anderen Arbeiter und für die Arbeiterinnen fest. Der Lohnstarif soll nach dem Schiedsspruch die Ueberlegung erfahren, über die zwischen den Parteien bereits ein Einvernehmen erzielt worden war (Zusammenfassung der bisherigen drei Gruppen des Lohnstarifs in eine Gruppe, Neuberechnung des Naturalbelegs usw.), jedoch mit der Maßgabe, daß dadurch Verschlechterungen in den Bezügen auf keinen Fall eintreten dürfen.

Kommende Massenentlassungen von Zivilangestellten des Kriegsministeriums.

In den Germania-Bälen hatten sich am Dienstag die sämtlichen Zivilangestellten des Zentralnachweisedbureaus des Kriegsministeriums versammelt. Der Obmann des Angestelltenausschusses Becker referierte über die Verfügungen, wonach am 1. Oktober die weiblichen Angestellten durch männliche zu ersetzen seien und die ca. 1000 Angestellte auf 800 reduziert werden müssen. Der Redner wies nach, daß dies gerade der ungünstigste Moment für solchen Massenentlassungen sei, denn die Arbeit kann jetzt schon nur durch Ueberstunden und Heimarbeiten bewältigt werden, und die Zahl der Arbeitslosen wird am 1. Oktober infolge des Abbaues der Kriegsgesellschaften und anderer Behörden ungeheuer steigen. Alle Redner aus den Reihen der Angestellten waren der Ueberzeugung, daß der wahre Grund der Entlassungen in dem Bestreben zu suchen sei, den durch die Friedensbedingungen zu verabschiedenden Offizieren und Kapitulanten die Pflöcke frei zu machen.

Die anwesenden Behördenvertreter suchten die unförmliche Handlungsweise der Regierung, so gut es ging, in Schutz zu nehmen und wälzten alle Schuld dem Friedensvertrag und dem Zwange, sparen zu müssen, zu. Im Namen des Bureauangestelltenverbandes führte unter lebhaftem Beifall Ortsbeauftragter Bauer aus: Die Abschaffung des Militarismus ist die am wenigsten unangenehme Bedingung des Friedensvertrages. Man solle wo anders sparen. (Zuruf: Kostengeld!) Der neue Militarismus koste ja noch ein paar Milliarden mehr als der alte. Der Abbau muß in der Geheimratspolitik betrieben werden. Ein weiterer Redner ätzte in der Aussprache des Kriegsministers, daß es weniger auf Befähigung als auf den alten preußischen Geist ankomme. Eine recht unglückliche Rolle spielt der dem Kriegsministerium Vorgeordnete Niehmann, der sich zur allgemeinen Enttäuschung zu der Behauptung verließ, es wäre nicht mehr genügend Arbeit vorhanden.

In einer Resolution projizierte die Versammlung einstimmig

gegen die Entlassung der 500 Ansoellen, unter denen sich viele überbedürftige Kriegsbeschädigte befinden. Der Angehörigenausschuss wird beauftragt, bei allen maßgebenden Regierungsstellen um Verhandlungen zu ersuchen, um die beschriebenen Forderungen zu verhindern.

Groß-Berlin.

Hinaus aufs Land?

Viele Berliner Erwerbslose sind den Lockungen der lebhaften Anwerbungen von Arbeitern für die Landwirtschaft gefolgt. Ueßt doch das Land an und für sich schon auf den Großstadtmenichen einen gewissen Reiz aus. Es verspricht ihm die Möglichkeit körperlicher Erholung und geistiger Erfrischung, der er, der allzeit Gebehte, so dringend bedarf. Dazu kommt, daß während der Kriegszeit und auch noch gegenwärtig die Ernährungsverhältnisse in der Stadt bei weitem schlechter erscheinen, als die auf dem Lande. Mit hochgespannten Erwartungen haben daher viele Arbeiter ihr Domizil von der Stadt aufs Land verlegt. Und mit großer Arbeitslust sind sie ans Werk gegangen. Aber bitter war die Enttäuschung!

Aus allen Himmelsgegenden der nahen und weiten Umgegend Berlins gehen uns täglich Klagen zu über die traurigen Zustände, unter denen die Berliner Erwerbslosen auf dem Lande zu leiden haben. Bitter geklagt wird vor allem darüber, daß die gegebenen Verprechungen nicht innegehalten werden. Der städtische Arbeitsnachweis in Berlin vermittelt Arbeitskräfte aufs Land unter der Zusicherung freier Kost und freiem Logis. Das ist für den wochenlangen Berliner Arbeitslosen schon verlockend genug. Er hofft, nun sich doch wenigstens fressen zu können, wenn er auch an Schweine- und Gänsebraten dabei nicht zu denken wagt. Aber weit gefehlt! Hier daselbe Hungerleben wie in der Stadt. Dazu schwere körperliche Arbeit und erbärmliche Wohnungsverhältnisse.

Das nachfolgende Bild, das uns ein Berliner Arbeiter von einem solchen Eldorado für Erwerbslose entwirft, ist typisch für das Leben der Arbeiter auf dem Lande. Unter der Zusicherung, daß er freie Kost und Station, dazu 6 M. pro Tag Lohn erhalten soll, wurde er von dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin nach dem städtischen Gut in Falkenberg geschickt. Die Arbeitszeit dauerte vormittags von 6-12 Uhr bei halbstündiger Frühstückspause, und nachmittags von 12-7 Uhr mit halbstündiger Vesperpause. Untergebracht wurden die Arbeiter in einer Baracke, die einem Arbeitshaus oder Gefängnis ähnlich ist. Sämtliche Fenster sind vergittert. Hier geht es wie in einem Bienenhaus zu. Täglich kommen und gehen Arbeiter, ohne daß sie vor der Aufnahme ärztlich untersucht werden. Die Kost der Arbeiter besteht im folgenden:

Um 5 Uhr morgens gibt es Mehlsuppe und ein Stückchen trockenes Brot. Dann heißt es arbeiten bis 12 Uhr. Die Hauptmahlzeit besteht gewöhnlich aus einer Gemüsesuppe, ohne Fleisch, Fett oder Suppe. Die Jungen behaupten, daß die Schweine des Inspektors eine fettere Suppe bekommen als die Arbeiter. Zur Vesperzeit gibt es ein Stück trockenes Brot mit sogenanntem Kaffee. Das Abendbrot besteht wieder aus einer wässrigen Mehlsuppe und einem Stück trockenem Brot. Todmüde und woffshungrig kriechen die Arbeiter abends ins Bett. Unser Gewährsmann erklärt, in drei Wochen nicht ein einziges Mal einen Tropfen Milch oder Mehl, Käse, Butter, Marmelade gesehen zu haben, von Wurst und Speck ganz zu schweigen.

Diese Schilderung betrifft wohlgerne keinen Einzelfall, sondern sie ist typisch für das Landarbeiterleben überhaupt, ja teilweise sind ihre Zustände noch schlimmer. Besonders die Schlaflosigkeit ist an vielen Orten menschenunwürdig. Angesichts solcher Zustände ist es durchaus angebracht, die Arbeitslosen, die aufs Land gehen wollen, zur Vorsicht zu mahnen. Eine Pflicht der städtischen Landarbeiternachweise wäre es, sich über diese Arbeitsstätten zu

vor zu informieren und sie sich öfteren zu kontrollieren. Eine strenge Kontrolle ist vor allem notwendig bei Gütern, die städtisches Eigentum darstellen.

Wie Geschäfte gemacht werden.

Daß weder Verstand noch Tüchtigkeit dazu gehört, um Kriegsgewinnler zu werden, zeigt folgende Beilage eines Berliner Warenhausbekämpfers, die durch einen Prozeß vor dem Kaufmannsgericht ans Tageslicht kam.

Die Firma H. Gahn, Alexanderplatz, hatte Magistrateff, dessen Verkaufspreis 3,20 M. betragen sollte, für 45-50 M. verkauft. Um die Verkäuferinnen zum Schweigen zu veranlassen, wurde ihnen von dem Umsatz Prozente gezahlt. Vier dieser Verkäuferinnen klagten nun vor dem Kaufmannsgericht auf Zahlung der Prozente für die Monate Mai und Juni. Sie waren mit Kündigungsschein zum 31. Juni entlassen worden. Während sie ihre Geschäfte ordnungsgemäß erledigten, wurden ihnen die Prozente vorenthalten. Aus den eingeklagten Beträgen allein geht schon hervor, welchen Umsatz die Firma gehabt haben muß, denn es handelt sich um Beträge von 60-200 Mark. Das Gericht war der Ansicht, daß sich die Klägerinnen mitschuldig gemacht hätten, weil sie die Beträge jedoch zur Zahlung. Wegen die Firma wird noch anderweitig vorgegangen werden. Da sie mit ihren Kundenkästen die elbischstädtische Versicherung dem Magistrat gegenüber, in Bezug auf den Verkaufspreis gebrochen hat.

Ein Geschäftsführer wurde von der Postkassen entlassen, weil er für sich Stoff entnommen und dafür nur den vorgezeichneten Preis entrichtet hatte. Die Postkassen nannte das „Unterdrückung“. Eine eigenartige Ansicht entwickelte sie auch bei dem Lehrverhältnis: Nach dem Gesetz hat den Lehrlingen im 1. Jahre 50, im 2. Jahre 75, und im dritten Lehrjahre 100 Mark Lehrgeld zu zahlen. Das wurde auch gezahlt, da die Firma das als Gegenleistung für geleistete Arbeiten aufsahte. Sie machte jedoch einen Abzug von 50 Prozent, die als Lehrgeld gezahlt werden mußten. Diesem unbilligen Verhalten ist aber durch die Arbeitnehmerverbände ein Ende bereitet worden.

Freie Hochschulgemeinden für Proletarier.

Infolge einiger unglücklicher Zwischenfälle sind verschiedene Kurse unterbrochen worden, ohne daß die Unterbrechung in den Köpfen unserer Schüler genügend bekannt geworden ist. Beginnend am 22. Juli 1919 soll nun der Unterricht wieder regelmäßig erfolgen. Um alle Wünsche aus dem Wege zu räumen, werden die ersten Kurse in Form von Vorträgen über die Hochschulpolitik mit den Lehrern und dem Arbeitsausschuss der HSB, ausgearbeitet. Damit alle Wünsche, Beschwerden und Anregungen bekannt werden, bitten wir alle Kurssteilnehmer, sich pünktlich einzufinden.

Stundenplan

- Dienstag: 5-7 Renschelmann (Militär), 7-8 Die Bank in Kapitalismus und Sozialismus (Jugendl.) H. Römer, 7-8 Dampftechnik (Militär) Känginger, Mittwoch: 5-7 Die Bank in Gegenwart und Zukunft (Militär) H. Römer, 10-12 Physik H. Winkelmann, I. S. von Do-a-Besser, 7-9 Englisch H. Winkelmann, I. S. von Dr. Doer (Jugendl.) H. Römer, Donnerstag: 7-9 Wirtschaftsgeschichte (Jugendl.) J. Winkelmann, Freitag: 5-7 Verkehr mit Banken (alters. Kursus) Meyer, I. S. Winkelmann, Sonnabend: 10-12 Rechtskursus (Jugendl.) Schönbeck, 7-9 Rechtskursus (Militär) Schönbeck.

Der Beginn der nächsten Kurse wird rechtzeitig bekannt gegeben. Die Teilnehmer am Kursus Betriebskunde von Dr. Hanke werden eingeladen, am Freitag, den 1. August 1919, abends 7 Uhr, zu einer Ausrede einzufinden. — Alle Kurse finden in der Kochstraße 12 statt. Anmeldungen werden in unserm Bureau in den Jollen 22, Zimmer 28, Telefon Block 150, entgegengenommen, möglichst schriftlich. Sprechstunden meistens von 12-2 Uhr. Volksgesund. J. A. Dammig, Freie Hochschulgemeinde für Proletarier: Schulb.

Gegen die Verleumdung der bürgerlichen Presse nimmt der Betriebsrat der Mineralöberbergungs-Gesellschaft folgende Stellung: Bei der Kasse-Kommission der Betriebskassenabteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen sind durch den Bahmeister Hofe vorher Unterschlagungen im Werte von ungefähr 200.000 M. vorgekommen, die aus reinen Kassegeldern der Militärkasse entnommen wurden. Zusammen mit seinem Angehörigen Goldschmidt hat Hofe richter außer dem Betriebskassenbestände der Betriebsverwaltung an Privatsachen, Kassebücher und sein Bureau haben mit der Mineralöberbergungs-Gesellschaft m. b. H. nicht das mindeste zu tun, sie unterliegen lediglich der Inspektion der Kraftfahrtruppen und der Intendantur des Militär-Verkehrswesens. — Die Mineralöberbergungs-Gesellschaft und ihre Angehörigen sind

bei diesen Verleumdungen nicht im mindesten beteiligt. Inan in keiner Weise berührt und die Mineralöberbergungs-Gesellschaft auch in keiner Weise geschädigt. Das Berliner Tageblatt, die Postliche Zeitung und das Abendblatt bringen demgegenüber Berichte, die die höchste der Mineralöberbergungs-Gesellschaft die größten Schimpfungen bezeugen haben, und dies, wofür, nach dem Inhalt der Geschäftsleitung der Mineralöberbergungs-Gesellschaft insbesondere beim Berliner Tageblatt vor Drucklegung hingewiesen worden ist, daß die Mineralöberbergungs-Gesellschaft mit den Verleumdungen nicht das mindeste zu tun hat. Die gegen Verleumdungen sind durch die Kontrollorgane der Mineralöberbergungs-Gesellschaft aufgedeckt worden, und die Kriminalpolizei wurde von den Kontrollorganen der Mineralöberbergungs-Gesellschaft erst hinzugezogen nachdem die ganzen diesbezüglichen Akten abgeklärt waren und nur noch die Verhaftung der Täter in Frage kam. In den Berichten der vorgenannten drei Zeitungen muß demnach betonte Freisprechung der öffentlichen Meinung und eine mühe Schädigung der Angehörigen der Mineralöberbergungs-Gesellschaft erblickt werden, und der Betriebsrat der Mineralöberbergungs-Gesellschaft protestiert im Namen der Angehörigen auf das schärfste gegen diese unehrenhaften Verleumdungen.

Ruhrerkrankungen in Potsdam. In Potsdam sind seit einigen Wochen Erkrankungen aufgetreten, die sich als Ruhrerkrankungen ausstellen. Einige Fälle sind bereits tödlich verlaufen. Im gleichen Krankenhaus wurde eine Vorrede aufgestellt und Suchtungen zur Aufnahme von Ruhrkranken getroffen.

Kriegsunterstützung in Neudamm. Mit Ablauf des Monats Juni sind die von der Stadt an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer bisher gezahlten Familienunterstützungen durch den Reichsminister des Innern vom 10. Juni 1919 formell zur Zahlung der Kriegsteilnehmer allgemein eingestellt worden. In der bisherigen Unterhaltungen werden den Militärbesoldungen Reichswehr sowie den Unteroffizieren und Mannschaften des Reichsheeres fortan sogenannte Vorschussunterstützungen für ihre Familienangehörigen gewährt, wobei die Aufzahlung der betreffenden Truppenteile zu erfolgen hat. Eine Forderung auf Familienunterstützung und Kriegsteilnehmerunterstützung haben für den Fall der Bedürftigkeit nur noch Angehörigen der Vermehrten und Gefangenen der noch außerhalb der Reichsgrenzen befindlichen Deutschen Soldaten, der an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verbleibenden Soldaten sowie die Hinterbliebenen der Gefallenen, soweit sie Versorgungsgeldempfänger noch nicht beziehen. Die bis Ende Juni der Stadt Neudamm zur Auszahlung gebrachten Kriegsteilnehmerunterstützungen belaufen sich auf 88 543 482 Mark. In Neudamm hat die Stadt 16 340 847 Mark aufgewendet.

Bereinskalender.

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Freitag, 7. August, 7 Uhr, im Rönigkplatz-Rollplatz, Marktstraße 72 (Ecke Alexanderstraße), Versammlung, nahme zu den Verhandlungen.
- Tanzverein Licht, Die Freiwil提高probe findet mit Musikbegleitung am Donnerstag, 7. August, abends, auf dem Vereinsplatz, Tempelhofer Park.
- Angehörigen-Ausschüsse der Jahrgänge XIII (Majestätens-Kriegsgefangenen) versammeln sich am Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Sophienstraße, Sophienstraße 17/18.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Berlin, Unter den Eichen 11, Telefonblock 150. Druckerei: Ullrich & Co., Berlin, Unter den Eichen 11.

Die Freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 11
selangt heute zur
Ausgabe

20 Pfennig. Vierteljährlich 2,50 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner
Emil Büttner
am 27. d. M. an Nervenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. M., um 11 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes in Neukölln, Hermannstraße 129, aus statt.

Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen,
c) Schmied
August Stähler
am 15. d. M. an Herzleiden,
d) der Revolverführer
Bernhard Schwerdtner
am 27. d. M. gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Freiheit-Leser!

Unsere Leser des Frankfurter Viertels werden vom 1. August 1919 ab von der
Spedition Lohde, Markusstr. 23
beliebter. Sämtliche Bestellungen usw. bitten wir dorthin zu richten.

Privatschule

für Maschinenschreiben u. Kurzschreiben
der Remington-Schreibmaschinen-Ges. m. b. H.
Leiter Rantsch
Gründlichste Ausbildung
Leipziger Strasse 90, II. 4-7.

In einem Prozeß gegen den Eisenbahnbau bedienten wir als Zeugen die Adressen der ehemaligen Kassierer der früheren Speditionen Schickelmeier, Paul Pohlitz und Ewald Peschke. Für die erste zuverlässige Angabe der Adressen der beiden Zeugen zahlen wir
20 Mk. Belohnung.
Sarnighausen & Co., G. m. b. H.
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Der Sozialist.

Gründer Sozialistische Anwaltskanzlei,
Unabhängige sozialdemokratische Wochenzeitung,
herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheld.
Unter ständiger Mitwirkung von
**H. Bloß, H. Haase, K. Kautsky,
A. Stein, H. Ströbel u. a.**

Abonnements vierteljährlich 6.— M., Einzelnummer 60 Pf.
Bestellungen sind anzugeben bei der nächsten Postanstalt
bei den Speditionen der Freiheit oder in der Redaktion
genossenschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin NW 6,
Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

An unsere Leser, welche in den Straßenzügen
zwischen Invaliden- und Elsassener Straße
wohnen, richten wir das Ersuchen, ihr Abonnement
vom 1. August 1919 ab bei dem
Spedition Watzky, Johannisstr. 9
anzugeben.

Freiheit-Leser

im alten Hansviertel
zwischen Bahnhofsallee
und Bahnhofs-Viergarten.
Vom 1. 8. ab werden unsere Abonnenten in vorstehendem
Viertel durch den Spedition Torascheff, Lübecker
Straße II. beliebert. Dorthin bitten wir zuverlässig die
Bestellung anzugeben.

FREIHEIT

Berlin NW 6 • Schiffbauerdamm 19

Genossen!
Vergiß niemals die
„Freiheit“ als deine
Zeitung zu nennen, die
Euch zum Ankauf oder
Verkauf veranlaßt hat.
Der Anzeigenteil der
„Freiheit“ muß überall be-
achtet und empfohlen
werden. * * * *

Die Kleinen Anzeigen der
„Freiheit“ sind am wirk-
samsten im Abendblatt.
Wiederholungen bringen
einen nachhaltigen Erfolg.

Piano

Stegartes schwarzes 1900.— M.,
Nubbaumplano 280.— M.,
Konzertplano 300.— M.
Verkauft **ERASL**, Oranien-
straße 164/111

„Freiheit“-Leser

Unsere Spedition befindet sich ab
bei dem Genossen Wenzels, Kas-
straße 11, im Laden. Sämtl. Bestellungen
usw. bitten wir dorthin zu richten.

Botenfrau

In den nachstehenden Speditionen werden
eingestellt:
Berlin
Gieschner, Stühlerstraße 90,
Steinmeier, 23, Hackebusch, Mühlentor
Potsdam
Dohauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 34
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmerdorf
Nesler, Hindenburgstraße 34
Tempelhof
Bartisch, Werderstraße 51.

Tanzsaal

zu verpachten
zu beliebigen Bedingungen.
Jünger Mann in Moskau
Gardes bekannt, wird be-
vorzugt.
**Gasthaus zum deut-
schen Kaiser a. D.**
Am Spandauer Schiffsan-
kanal.
Notizbücher, wofür
wert auch an Wied-
Schneider, Tempel-
hofstraße 23.
Kamergarnituren
neu, Friseurwaren,
Mittelschwarz, wofür
wert 28 verkauft
Belfortstraße 28.
Schürzenstoffe,
denelien, Arme-
reste, Zwin, wofür
Georgstraße 11.
Spiralbücher
höchsten Preises
Gandstraße 3.
Schellack und
pfl. wofür
Berlin, Wilmers-
dorf, Mohr 1922.